

**Berliner Perspektiven für starke Wirtschaft, gute Arbeit und sozialen Zusammenhalt
Koalitionsvereinbarungen für die Legislaturperiode 2011-2016
Auszüge zum Themenbereich Bürgerschaftliches Engagement und Ehrenamt**

Präambel

Die Ansprüche an demokratische Partizipation haben sich verändert. Bei der Suche nach den besten Lösungen wollen wir die Bürgerinnen und Bürger unserer Stadt aktiv beteiligen. Wir laden alle Berlinerinnen und Berliner ein, mit uns die Zukunft der Stadt zu gestalten. Wir werden ihnen die Möglichkeit bieten, sich schon im Vorfeld von Entscheidungen aktiv einzubringen. Wir wollen ein Berlin, das Maßstäbe bei Bürgernähe setzt. Mit der aktiven Bürgergesellschaft eröffnet sich auf der anderen Seite die Chance, das freiwillige soziale Engagement der Bürgerinnen und Bürger zu stärken, im Sinne des Gemeinwohls der Stadt. (S. 5)

Soziale Stadt, stabile Kieze

Die Koalition setzt auf die Sicherung des sozialen Zusammenhalts der Stadtteile als zentrale Aufgabe einer übergreifenden, integrierten Stadtentwicklungspolitik. Zivilgesellschaftliches Engagement, partizipative Strategien und ein integrales Handeln der unterschiedlichen Fachpolitiken und Verwaltungsebenen bilden dabei die Grundlagen für eine solidarische Zukunftsperspektive Berlins. Mit der Sozialraumorientierung richten wir den Blick auf die Entwicklung der Quartiere und Stadtteile. (S. 23)

Berlin zum Mitmachen

Wir begrüßen, dass in den Quartieren Bürgerinnen und Bürger Verantwortung für stadtteilbezogene Maßnahmen übernehmen. Die Koalition unterstützt Netzwerke und bürgerschaftliches Engagement.

Wir wollen Planungsprozesse transparenter gestalten – u. a. durch eine obligatorische Onlinebeteiligung bei der Aufstellung von Bebauungsplänen. Hierzu wird in den Bezirks- und Hauptverwaltungen ein Internetangebot aufgebaut, über das Informationen abgerufen, Stellungnahmen eingereicht und Abstimmungen durchgeführt werden können. Die technischen Voraussetzungen sind dafür zentral durch die Hauptverwaltung zu schaffen. Bei wesentlichen baulichen Maßnahmen gilt es, Information und Akzeptanz zu steigern, indem die Öffentlichkeit mithilfe der zur Verfügung stehenden Kommunikationsmittel wie Internet, Flugblätter, Postwurfsendungen, Anzeigen etc. über Art, Zweck, Dauer und zu erwartende Auswirkungen informiert wird. (S. 24)

Qualifizierung des öffentlichen Raumes

Es ist eine Strategie zur Reduzierung des öffentlichen Sanierungsrückstaus zu entwickeln, die eine partnerschaftliche Zusammenarbeit zwischen allen Akteuren der Stadtgesellschaft beinhaltet. Bürgerschaftliches Engagement in der Grünflächenpflege und Patenschaften z. B. für Spielplätze sind verstärkt zu fördern. (S. 26)

Öffentliche Fort- und Weiterbildung stärken, Volkshochschulen und Musikschulen

Kulturelle Bildung von Anfang an, z. B. in Form von musischer, künstlerischer oder sportlicher Förderung, trägt zu einer positiven Persönlichkeitsbildung und einer stärkeren Integration von Kindern aus sozial benachteiligten Elternhäusern bei, indem die Kinder neben Kenntnissen und Fähigkeiten auch soziale Kompetenzen erwerben und entwickeln. Daher fördern wir in Kooperation mit außerschulischen Partnern Projekte der kulturellen Bildung und beziehen hierbei gezielt private Initiativen mit ein. Die bezirklichen Volkshochschulen und Musikschulen müssen in ihrem Bestand gesichert werden.

Berlin hat eine abwechslungsreiche und große Trägerlandschaft der außerschulischen Bildung: Volkshochschulen, Bibliotheken, Jugendbildungsstätten und Träger verschiedener Fachrichtungen. Gemeinsam mit diesen Trägern und der Landeszentrale für politische Bildung wollen wir die politische Bildungsarbeit weiterentwickeln. Dabei wollen wir insbesondere die vielfältige Geschichte Berlins und ihre Rolle als Stadt der Einwanderung und Verschiedenheit beleuchten und die politische Partizipation der Bürgerinnen und Bürger sowie eine demokratische Stadtkultur fördern. Projekte, die sich dieser Aufgabe widmen (z. B. „Schule ohne Rassismus – Schule mit Courage“), werden weiter von uns unterstützt. (S. 52)

Stadtteilarbeit und soziale Stadt

Stadtteilzentren, Nachbarschaftszentren und Quartiersmanagement sind bewährte Träger der sozialen Arbeit in den Kiezen. Dieses bestehende sozialräumliche Versorgungsangebot werden wir konsequent – unter Überprüfung seiner Wirksamkeit – weiterentwickeln. Jede Region soll perspektivisch über ein Stadtteilzentrum verfügen. Vorhandene Einrichtungen können zu Stadtteilzentren weiterentwickelt werden. Eine wirksamere Abstimmung der landesweiten Programme, die vergleichbare Zielstellungen haben, ist notwendig.

Eine wesentliche Säule für das Gemeinwohl ist die ehrenamtliche Arbeit. Wir wollen die Anerkennungskultur ausbauen und Maßnahmen ergreifen, um soziales Engagement zu erleichtern und besser zu koordinieren. Dazu werden wir auch die Initiative des Bundes zum freiwilligen sozialen Engagement nutzen. In diesem Zusammenhang wollen wir auch die neuen Möglichkeiten für die Freiwilligenarbeit bekannter machen und dafür werben. (S. 58)

Übergang in den Ausbildungs-und Arbeitsmarkt

Arbeitslosigkeit gefährdet wie kein anderer Missstand die Eingliederung in die Gesellschaft. Die Koalition will die Anstrengungen verstärken, allen jugendlichen Migrantinnen und Migranten gleichberechtigte Chancen am Arbeits- bzw. Ausbildungsmarkt zu verschaffen. Ihnen fehlen oft geeignete Netzwerke. Die bundesweiten und die berlinspezifischen Programme sind zu erhalten. Vorhandene Netzwerke ehrenamtlicher Berufslotsen und Mentorinnen und Mentoren sollen ergänzend berlinweit ausgebaut werden. Die Bezirke sollen Jugendlichen mit Zuwanderungshintergrund unter Beteiligung von Schulen, Unternehmen, Verbänden, Migrantenselbsthilfeorganisationen und Kammern Zugang zu ehrenamtlichen Berufslotsen verschaffen, damit ihnen die Aufnahme von Ausbildung und Arbeit erleichtert wird. (S. 61)

Stabile Kieze

Staatliche Bildungseinrichtungen wie Kitas und Schulen sind Orte der Integration. Aber auch das gemeinsame bürgerschaftliche Engagement in den Bereichen Sport, Bildung, Politik, bei Feuerwehr und Hilfsdiensten trägt dazu bei. (S. 63)

Moderne und bürgernahe Polizei

Polizeiarbeit ist originär staatliche Aufgabe. In der Polizeipräventionsarbeit kann auch mit ehrenamtlich tätigen Bürgerinnen und Bürgern zusammengearbeitet werden. Dies kann auch eine Begleitung der Polizei mit einschließen. (S. 67)

Feuerwehr und Katastrophenschutz

Wir streben an, die Einhaltung der vereinbarten Eintreffzeiten zu verbessern, ggf. unter Einbeziehung der Hilfsorganisationen. Wir werden das Feuerwehrgesetz novellieren und dabei insbesondere die Zugangsvoraussetzungen zur Freiwilligen Feuerwehr ändern, indem wir die Voraussetzungen für die freiwillige und ehrenamtliche Mitarbeit an die demografische Entwicklung anpassen und die Altersgrenzen modifizieren. Wir wollen Anreize für Menschen mit Migrationshintergrund schaffen, sich verstärkt bei der Freiwilligen Feuerwehr zu engagieren. Darüber hinaus wollen wir Feuerwehr und Hilfsorganisationen für den Katastrophenschutz mit zusätzlichen Fahrzeugen ausstatten. (S. 68)

Familienfreundliches Berlin: Allen Generationen ein Zuhause

Wir machen uns für ein Berlin stark, in dem sich alle Generationen wohl und zuhause fühlen.

Unser Leitbild ist die kinder-, jugend- und familiengerechte Stadt. Das Kindeswohl steht für uns im Mittelpunkt des Handelns. Alle Kinder und Jugendlichen müssen die Chance auf eigenständige Entwicklung ihrer Persönlichkeit haben, die später eine gleichberechtigte und selbstständige Teilhabe an der Gesellschaft ermöglicht.

Die Stärkung und Unterstützung insbesondere junger Familien ist dabei eine zentrale Aufgabe. Familie ist für uns überall dort, wo Erwachsene und Kinder dauerhaft füreinander

Verantwortung übernehmen. Der Koalition ist es besonders wichtig, die Vereinbarkeit von Familie und Beruf zu stärken. Vor dem Hintergrund des verschärften Wettbewerbs um qualifizierte Fachkräfte werden wir weiterhin für familienfreundliche Standortbedingungen sorgen. Auch das Erfahrungswissen und das Potenzial Älterer wollen wir noch stärker einbeziehen.

Das Ehrenamt wollen wir stärken und bürgerschaftliches Engagement noch besser aktivieren und würdigen. Wir bleiben zudem ein verlässlicher Partner für den Sport. (S. 75)

Jugendarbeit

Jugendverbände und Bildungsstätten leisten eine hervorragende außerschulische Bildungs- und Erziehungsarbeit. Damit sie sich als Partner von Schulen in der Ganztagsbetreuung weiterentwickeln können, wollen wir sie auch in dieser Rolle stärken.

Wir wollen einen Jugend-Demokratiefonds gründen, aus dem Initiativen und Angebote gefördert werden, die Kinder und Jugendliche durch ihre Beteiligung befähigen, Verantwortung zu übernehmen. Die Finanzierung der Jugendfreiwilligendienste muss weiterhin auf Bundesebene gesichert werden. (S. 77)

Unterstützung von Familien

Angesichts immer noch vieler überforderter junger Eltern und Familien werden wir die vorhandenen und erprobten professionellen frühen Hilfen (z. B. aufsuchende Elternarbeit/ Ersthilfbesuche) weiter verstärken und ergänzend hierzu das ehrenamtliche Engagement in diesem Bereich weiter fördern. (S. 76)

Hilfen zur Erziehung

Die Optimierung der Steuerung von Hilfen zur Erziehung wird inzwischen bundesweit diskutiert. Berlin hat mit der Entwicklung der sozialraumorientierten Jugendhilfe einen Weg beschritten, den wir konsequent weiterentwickeln wollen. Dazu bedarf es der Verbesserung von Handlungsmöglichkeiten zur flexibleren Nutzung des Leistungskatalogs des SGB VII. Wir werden Leistungen des SGB VIII und anderer Sozialgesetze besser mit den zivilgesellschaftlichen Angeboten des Sozialraums verknüpfen. Das derzeit in fünf Berliner Bezirken erprobte Ziel-Wirkungscontrolling der Hilfeplanung (Fallsteuerung) wird auf alle zwölf Jugendämter erweitert, IT-gestützt bei ISBJ verankert, das Vertragscontrolling wird intensiviert und durch die für Jugend zuständige Senatsverwaltung begleitet. Die Hilfemöglichkeiten des SGB VIII sollen flexibler genutzt werden, damit diese auch für präventive Jugendarbeit eingesetzt werden können. Die Möglichkeiten der Jugendämter bei der Angebotsplanung mit freien Trägern sollen verbessert werden. (S. 78)

Förderung des bürgerschaftlichen Engagements und des Ehrenamts

Die Förderung des bürgerschaftlichen Engagements und des Ehrenamts ist eine Querschnittsaufgabe, die in allen Politikfeldern als politische Gestaltungsaufgabe ernst genommen werden muss. Sie sollte in engem Kontakt mit den Organisationen und Akteuren der Zivilgesellschaft in Berlin wahrgenommen werden.

Berlin bekennt sich zu einer Kultur des bürgerschaftlichen Engagements und befördert diese. Bürgerengagement ist eine wichtige Säule der Zivilgesellschaft und der Demokratie. Wir werden es weiter unterstützen und ausbauen. Besonders die Stiftungskultur wollen wir fördern.

Gerade bei Jugendlichen werden wir öffentlich für ehrenamtliches Engagement werben. Dazu wollen wir die Ehrenamtskarte für Kinder und Jugendliche weiterentwickeln, Informationen über das Engagement von Jugendlichen verbessern sowie für die bestehenden Freiwilligendienste weiterentwickeln. Wir fordern die Hochschulen auf, von den geltenden Möglichkeiten des Berliner Hochschulgesetzes Gebrauch zu machen und das ehrenamtliche Engagement bei Studienplatzbewerbern und Studienleistungen anzuerkennen. (S. 78)

Sport

Sportvereine binden mehr zugewanderte Menschen als jede vergleichbare Organisation in Berlin und Deutschland, obgleich der Organisationsgrad von Migrantinnen und Migranten unterdurchschnittlich ist. Sie sind die attraktivste Organisationsform für Kinder und Jugendliche nichtdeutscher Herkunft. Die Wirksamkeit des Integrationsmotors Sport kann noch weiter gesteigert werden, wenn es gelingt, mehr Migrantinnen und Migranten für eine Übungsleitertätigkeit und Vorbildfunktion zu gewinnen.

Wir setzen uns dafür ein, das bestehende Programm zum Ankauf von Sportanlagen durch bisher schon ausschließlich nutzende gemeinnützige Sportvereine fortzusetzen. (S. 78-80)

Tiere in der Stadt

Die Koalition wird auch weiterhin einen ehrenamtlichen Tierschutzbeauftragten einsetzen, einen Tierschutzpreis ausloben und ggf. auch einen Tierschutzbeirat berufen. (S. 89)

HIV/AIDS und sexuell übertragbare Krankheiten

Die Koalition wird die Umsetzung des vorliegenden Rahmenplans- und Entwicklungskonzepts zu HIV/AIDS und sexuell übertragbaren Krankheiten zügig sicherstellen. Dabei werden wir alle Akteure, auch die direkt Betroffenen Patientinnen und Patienten bzw. deren Vertreter und Ehrenamtliche aktiv einbeziehen. (S. 84)

Umweltentlastungsprogramm (UEP) und freiwilliges ökologisches Jahr (FÖJ) fortsetzen

Das Berliner UEP ist als eigenständiges EFRE-kofinanziertes Umweltförderprogramm vorbildlich und bietet die notwendige Unterstützung für innovative und umsetzungsorientierte Vorhaben in den Bereichen Klimaschutz, Immissionsschutz sowie

Gewässer-und Naturschutz. Das UEP soll mit einem vergleichbaren Nachfolgeprogramm auch in der nächsten EU-Förderperiode ab 2014 fortgesetzt werden.

Die rund 300 FÖJ-Plätze werden unter Einbeziehung der ESF-Förderung und nach Anpassung an die bundesrechtlichen Vorgaben (Bundesfreiwilligendienst) auch zukünftig angeboten und unterstützt. (S. 88)

Berliner Kunsthalle

Die Koalition strebt einen Dialog über die Zukunft der bildenden Kunst in Berlin an. Dazu gehört auch die Errichtung einer Berliner Kunsthalle. Die Koalition setzt sich für die Errichtung einer solchen Kunsthalle ein, sofern die Finanzierung unter Beteiligung bürgerschaftlichen oder privaten Engagements realisiert werden kann.